

BerlinAppell zur Wohnungspolitik

Wir rufen den Berliner Senat auf, angesichts des geringen Wohnungsangebots endlich wieder offiziell die Wohnungsknappheit festzustellen. Der um sich greifende Mietwucher, der die Not ausnutzt, muss damit aufgehalten werden.

Die Situation ist dramatisch: Die Nachfrage übersteigt das Angebot bei weitem. Das führt seit 2002, als der Status der Wohnungsknappheit aufgehoben wurde und die Eigentümer seitdem jede Miete verlangen dürfen, zu einer zunehmenden Verdrängung der angestammten Bevölkerung aus den Innenstadtbezirken.

Wir sehen die Voraussetzungen für die Feststellung einer stadtweiten Wohnungsknappheit gegeben an, denn das Angebot in den Randbezirken gleicht längst nicht mehr die Notlage in der Innenstadt aus. Zudem ist es auch nicht zumutbar, dass Menschen aus ihrem gewachsenen Umfeld an den Stadtrand hinausgedrängt werden.

Die Wiederfestsetzung der Wohnungsknappheit führt dazu, dass sich die Preise bei Neuvermietungen an den Mittelwert des Mietspiegels orientieren müssen. Es würde wieder der §5 des Wirtschaftsstrafgesetzes zur Mietpreisüberhöhung gelten. Zudem wäre die Zweckentfremdung von Wohnraum z. B. in Büronutzung oder für Ferienapartements verboten.

Unternehmen Sie diesen dringend notwendigen Schritt als mögliche Sofortmaßnahme hin zu einer Sicherung des sozialen Gefüges Berlins!

Berlin, 11. August 2011